



**Friedrich-Ebert-Stiftung**

C/ Orense, 85, esc 3, 3ªA  
28020 Madrid / **Spanien**

Tel.: 00 34 91 2948880

Fax: 00 34 91 2948685

E-Mail [direct@fespana.org](mailto:direct@fespana.org)

## REFERAT WESTLICHE INDUSTRIELÄNDER

März 2008

### Hintergrundinformationen: Spanien hat gewählt

In den Wahlen am 09. März hat die regierende PSOE mit etwa 3,5 Prozentpunkten Vorsprung vor der oppositionellen Volkspartei PP gesiegt. Sie konnte ihre Parlamentsfraktion vergrößern, hat eine absolute Mehrheit allerdings verfehlt. Sie wird weniger Konzessionen zur Beschaffung der parlamentarischen Mehrheiten machen müssen.

Die konservative Volkspartei PP hat ebenfalls zugelegt, konnte aber den Abstand zu PSOE kaum verringern. Ihr Spitzenkandidat und Parteivorsitzender wird sich voraussichtlich in seinen Ämtern halten. Die Partei muß sich aber entscheiden, ob sie den rüden Stil der letzten Legislaturperiode fortführen oder auf einen sachlichen und konstruktiven Kurs einschwenken will.

Die große Überraschung liegt in den markanten Verlusten der kleineren, überwiegend regionalen Parteien.

Die Wahlen vom 09. März 2008 haben die regierende Sozialistische Arbeiterpartei **PSOE** gestärkt: Sie hat einen Prozentpunkt der gültigen Stimmen und fünf Parlamentssitze hinzugewonnen. Sie kann nun komfortabler regieren als in der letzten Periode. Dazu kann sie eine formale parlamentarische Allianz vereinbaren. Wahrscheinlicher als dies ist die Fortführung einer Minderheitsregierung in wechselnder Abstimmung mit kleineren Kräften. Die PSOE hat ihren Wahlerfolg vor allem in Katalonien, Andalusien und dem Baskenland gesichert. Ministerpräsident und Parteivorsitzender **José Luís Rodríguez Zapatero**, auf dessen Person der Wahlkampf stark zugeschnitten war, bleibt die unangefochtene Führungsfigur in Partei und Regierung. Sein neues Kabinett wird wohl keine tiefgreifenden Veränderungen

keine tiefgreifenden Veränderungen aufweisen.

Die **Wahlbeteiligung** lag bei über **75%** und ist damit fast exakt so hoch wie vor vier Jahren. Diesmal ist die Mobilisierung nicht auf besondere Umstände kurz vor dem Wahlgang zurückzuführen. Der Mord an einem ehemaligen PSOE-Stadtrat im Baskenland mag das lokale Wählervotum beeinflusst haben, nicht aber die landesweite Wahlbeteiligung.

Auch die konservative Volkspartei **PP** konnte zulegen: Sie hat 2,4 % der Stimmen hinzugewonnen, und dafür ebenfalls sechs zusätzliche Mandate erhalten. Insofern schwankt die Partei zwischen zwei Gefühlszuständen:

Sie hat viele Stimmen gewonnen und doch die Wahl verloren. Ihre Strategie war erfolgreich, nur der entscheidende Erfolg hat sich nicht eingestellt.

**Klare Verlierer der Wahl sind die kleinen Parteien.** Das betrifft vor allem die landesweit agierende **Vereinigte Linke, IU**, die auf zwei (von vorher fünf) Abgeordnete zurückfiel, und das, obwohl sie fast eine Million Stimmen auf sich vereinigte: Sie hadert seit langem mit dem Wahlsystem. Ihr Vorsitzender hat seinen Rücktritt erklärt. Es hat aber auch regionale Parteien getroffen, die nur in wenigen der 52 Wahlkreise antreten. Dramatisch ist die Entwicklung bei der radikalen links-nationalistischen **ERC**, die von acht auf drei Mandate zurückfiel. Das Ergebnis ist insofern überraschend, als allgemein vermutet wurde, daß die regionalen Parteien einen festen Wählerstamm haben, der eine hohe Wahlbeteiligung mit geringer Wechselneigung kombiniert.

Nach der Wahl wird es im Parlament **fünf Fraktionen** geben: die der PSOE (169), der PP(154), der katalanischen CiU(10) und der baskischen PNV(6), sowie eine „gemischte Gruppe“(11), die das parlamentarische Plankton aus sechs Parteien, darunter die Vereinigte Linke, IU, zusammenfaßt.

Insgesamt stellen die beiden großen Parteien PSOE und PP zusammen 92% aller Abgeordneten des spanischen Nationalkongresses. Die Zahl aller anderen ist auf 27 (von 38 vor vier Jahren) zurückgefallen. Die kleineren Parteien verlieren bei nationalen Wahlen ihre Wählerbasis, das parlamentarische System steuert auf ein Zwei-Parteien-System zu. Ob sich wirklich eine langfristige Tendenz manifestiert, werden die nächsten Wahlen zeigen. Die verbliebenen Kräfte werden allerdings im spanischen Parlament als Mehrheitsbeschaffer stark umworben.

Eine Veränderung des **Wahlgesetzes** mit dem Ziel stärkerer Proportionalität ist zwar

seit Jahren ein Dauerthema in politikwissenschaftlichen Debatten. Da aber beide grossen Parteien vom aktuellen System profitieren, gibt es wenig Neigung zu einem Kraftakt.

### Regionale Entwicklungen

- In **Madrid** hat der Kandidatenstreit innerhalb der **PP** keinen negativen Einfluß gezeigt. Die PP siegt mit fast 350.000 Stimmen Unterschied (bei annähernder gleicher Stimmzahl vor vier Jahren) Dieser Zuwachs allein erklärt nahezu den gesamten landesweiten Stimmenzuwachs der PP. UDiP, eine neugegründete Partei um eine prominente ehemalige PSOE-Politikerin, hat in Madrid einen Parlamentssitz errungen.
- **Katalonien** ist zur wahlentscheidenden Region für die **PSOE** geworden; sie hat dort um 6 Prozentpunkte bzw. vier Sitze zugelegt. Dieser Zuwachs geht allerdings nicht auf das Konto des direkten Gegners (auch die PP hat zwei zusätzliche Sitze erobert) sondern zu Lasten der sozialistisch-katalanistischen **ERC**, die mehr als die Hälfte ihrer Wählerstimmen abgeben muß. Die katalanische Gliederung der PSOE (die als **PSC** firmiert und damit eine Sonderstellung in der Partei reklamiert, obwohl sie nicht als unabhängige Partei auftritt) wird parteiintern mehr Einfluß einfordern.
- Im **Baskenland** konnte ETA diesmal ihre Anhänger nicht auf eine ihr nahestehende Partei verweisen; sie hat daher zur **Stimmhaltung** aufgefordert. Die Enthaltung liegt im Baskenland insgesamt **10 Prozentpunkte** über dem landesweiten Durchschnitt; man mag das als Indikator für den Einfluß der ETA nehmen, denn allein die Beteiligung an der Wahl war angesichts der sehr realen ETA-Drohungen ein Mutbeweis.

Wo genau die ETA-Anhängerschaft sitzt, bzw. wo das Drohpotential am höchsten ist, läßt sich aus den Zahlen für die einzelnen Wahllokale recht genau entnehmen.

Im extremsten Fall erreichte die Enthaltung im Bergdorf Orexa 97,89 %. Nur zwei Bürger gingen zur Wahl, und man weiß, was sie gewählt haben. Die Liste der Dörfer mit einer Stimmenthaltung von über 60% ist lang. Erfreulich aus Sicht der PSOE ist, daß sie die baskische Regionalpartei **PNV** erstmalig überflügeln konnte.

- **Andalusien** bleibt PSOE-Land, wie stets seit der Redemokratisierung: Die PSOE siegt mit über 50% der gültigen Stimmen. Die PP hat allerdings ihren Stimmenanteil gesteigert und der PSOE gegenüber 2004 zwei Sitze abgenommen. In den gleichzeitig stattfindenden „Landtagswahlen“ büßt die PSOE ebenfalls leicht ein, behält aber die absolute Mehrheit der Mandate im Regionalparlament.

Die Ergebnisse der jüngsten Wahlen zwingen zur Aufgabe bisher geläufiger Vorstellungen.

- In **ländlichen Gemeinden** sind die Ergebnisse für PSOE und PP fast gleich, es gibt in ländlichen Stimmbezirken keinen PP-Bonus mehr.
- Folglich benötigt die PP im landesweiten Durchschnitt nicht mehr – wie stets in vergangenen Wahlen – weniger Stimmen pro Mandat.
- Prominente Kandidaten an die **Listenspitze** „fremder“ Wahlkreise zu setzen, hat nicht zu erkennbaren Resultaten geführt. Die PSOE hatte bspw. im Wahlkreis Madrid mit Ministerpräsident Zapatero und Finanzminister Solbes ihre landesweit bekanntesten Zugpferde ins Rennen geworfen. Das Ergebnis ist bekannt: ein klarer Wahlerfolg des Gegners. Ganz offensichtlich ist die Wahlentscheidung kaum von der

Persönlichkeit an der Spitze der Liste des Wahlbezirks beeinflusst worden.

- Der Anteil von **Frauen** im Parlament wird geringfügig **sinken**, und zwar auf **35,7%**. Die PSOE-Fraktion wird drei Frauen weniger aufweisen als vorher.

Aus Umfragedaten läßt sich entnehmen, daß die PSOE vor allem bei Erstwählern und generell bei den jüngeren Jahrgängen überzeugen konnte. Die Bürger über 60 gehören hingegen zum festen Stamm der PP. Das weibliche Votum ging überproportional an die PSOE.

### Kirche und Politik

Die katholische Kirche hat vor der Wahl in massiver Weise, stärker als je zuvor bei allgemeinen Wahlen, die Positionen der PP unterstützt; ihr Medienpotential um das Kirchenradio COPE ist zur Propagandamaschine degeneriert. Die Auswirkung auf das Wahlergebnis ist schwer zu quantifizieren. In internen Wahlen um den Vorsitz der spanischen Bischofskonferenz, wenige Tage vor den Parlamentswahlen, hat sich der ultrakonservative Kardinal **Antonio María Rouco Varela** durchgesetzt. Er hat, wie er sagt, nach der Wahl für den Sieger Rodriguez Zapatero gebetet und höheren Orts um dessen Erleuchtung geworben. Andererseits hat die massive Parteinahme der katholischen Kirche für die PP die Stellung derjenigen in der PSOE gestärkt, die einen explizit laizistischen Staat nach französischem Vorbild fordern und die Unterstützung des Staates für die Kirche reduzieren wollen. Das Verhältnis zwischen Kirche und Sozialisten ist so schlecht wie lange nicht mehr. Das neue Selbstbewußtsein der katholischen Weltkirche in politischen Angelegenheiten ist in Spanien besonders sichtbar, da der spanische Zweig der Kirche traditionell durch eine Mehrheit von Hardlinern dominiert wird.

## Wie geht es weiter?

Die **PSOE** analysiert derzeit das Wahlergebnis im Detail. In die Freude über den Sieg mischen sich auch Bedenken: Der Zuwachs ist nicht dem direkten Gegner PP abgerungen worden. Auch die PP hat – über ihr traditionell-konservatives Stammpublikum hinaus – Wähler aus unentschiedenen Mittelschichten überzeugen können. Sie kann nicht länger nur als Sammelbecken der Rückwärtsgewandten abgetan werden. Die im Wahlkampf von ihr thematisierten Ängste vor regionaler Zersplitterung oder unkontrollierter Zuwanderung werden von vielen Spaniern empfunden und können von der Politik nicht ignoriert werden. Auch auf die eigenen Stimmverluste in Madrid und in Valencia muß die PSOE reagieren. Im Juni oder Juli wird ein ordentlicher Parteitag stattfinden, der inhaltliche Linien für die Zukunft und strategische Konzepte verabschieden soll.

Im **Parlament** wird zunächst die Möglichkeit einer formalen Allianz zu prüfen sein; rechnerisch käme dazu nur die katalanische **CiU** in Frage. Wahrscheinlicher erscheint die Fortsetzung einer Minderheitsregierung. In jedem Fall muß die PSOE-Fraktion sieben Abgeordnete aus anderen Parteien gewinnen, um zunächst die „Kanzlermehrheit“ für die Wahl des Ministerpräsidenten zu sichern. Da weniger Stimmen zur parlamentarischen Mehrheit fehlen als in der vergangenen Legislaturperiode, wird die gesetzgeberische Arbeit weniger Fremdeinflüssen ausgesetzt sein.

Die **Regierungsbildung** sollte dann weitgehend problemlos verlaufen. Es wird einige personelle Veränderungen geben, die bewährten Minister werden im Kabinett bleiben.

Der Einbau der vielfältigen **Wahlversprechen** in ein Regierungsprogramm wird einige

Kopfschmerzen verursachen. Insbesondere das Versprechen, am Ende der Legislaturperiode **Vollbeschäftigung** zu erreichen (das würde einer statistischen Arbeitslosigkeit von ca. 5% entsprechen) wird angesichts der nicht vorhandenen Instrumente zur direkten Beeinflussung der Beschäftigung schwer zu erfüllen sein. Die versprochenen steuerlichen Erleichterungen und direkten Hilfen für verschiedene Bevölkerungsgruppen erfordern einen Nachtragshaushalt. Jedenfalls ist eine aktiver stimulierende **Wirtschaftspolitik** das Gebot der Stunde. Die bislang genannten Maßnahmen deuten auf konjunkturell motivierte **Mehrausgaben**, die aber verwendet werden sollen, um auch strukturelle Mängel, wie das niedrige Niveau der Forschungs- und Entwicklungsaufgaben und die niedrige Arbeitsproduktivität zu überwinden. Im **gesellschaftspolitischen** Bereich dagegen hat sich die PSOE maßvollere Ziele vorgenommen als für die erste Amtszeit. In der **Erziehungs-** und **Bildungspolitik** bleibt viel zu tun; die Kompetenzen sind allerdings weitgehend auf der Ebene der Regionen angesiedelt, und der Zentralstaat hat nur Richtlinienkompetenz bzw. Einfluß durch finanzielle Zuwendungen.

Die **PP** hat Stimmen gewonnen und die Wahl verloren. Damit befindet sie sich in einer uneindeutigen Situation. Entgegen ersten Spekulationen hat ihr Vorsitzender und Spitzenkandidat Mariano Rajoy angekündigt, weiterhin die Partei führen zu wollen, auch in die nächste Wahl. Im Juni soll ein Parteitag abgehalten werden, der die Personalien klären wird. Vor vier Jahren war Rajoy vom damaligen Vorsitzenden José Maria Aznar durchgedrückt worden; dieses Erbe einer Ernennung durch Fingerzeig (obwohl formal gewählt) und die anschließende Wahlniederlage lasteten schwer auf Rajoy. Er wurde von den Offizieren der Aznar-Clique umrahmt, die den rüden Stil der Oppositionsarbeit und viele strategische Entscheidungen vorantrieben.



Rajoy wirkte in dieser Konstellation gelegentlich wie fremdgesteuert. Andererseits konnte der Sieg der PSOE in den Wahlen von 2004 den besonderen Umständen nach dem Al-Kaida-Attentat am 11. März 2004 zugeschrieben werden, und wurde daher mehr als ungerechtes Wirken des Schicksals denn als selbstverschuldete Niederlage gewertet.

Nach der Wahl von 2008 ist die Lage anders: Die PP hat „normale“ Wahlen verloren, so daß sie gezwungen ist, ihre Strategie neu zu überdenken. Rajoy hat für seine Partei ein achtbares Ergebnis erreicht, aber nicht gesiegt. Wenn er sich intern durchsetzen kann, wird er seinen Spielraum erweitern, die Aznar-Avatare aus seinem engeren Umfeld entfernen und der Partei seinen eigenen Stil aufprägen.

Das betrifft insbesondere die Frage, ob die PP den bisherigen Stil der Oppositionsarbeit fortführen will, d.h. die permanente Konfrontation zu suchen, sich auf wenige Reizthemen zu beschränken (ETA, ETA, ETA und Hühnerpreise), hoch emotional und mit dem Wortschatz von Seifenopern („Lüge“, „Betrug“, „Verrat“). Das Modell wird durch stete Wiederholung nicht attraktiver. Oder ob sie sich für das Werben um zusätzliche Wähler der Mittelschichten entscheiden will: Dazu müßte sie ein seriöseres Auftreten kultivieren.

Das Problem liegt darin, daß die bisherige Strategie durch das Wahlergebnis nicht komplett diskreditiert worden ist. Deshalb gibt es einflußreiche Kreise in der PP, die eine Fortführung des polarisierenden Kurses favorisieren, am besten in höherer Dosis. Überraschungen auf dem nächsten Parteitag können nicht ausgeschlossen werden.

### Das Leben nach dem Wahlkampf – die Parteienlandschaft in Spanien

Nach dem Wahlkampf bleibt die Erinnerung an emotional aufgeladene Debatten zwischen zwei verfeindeten Lagern. Nachdem sich der Pulverdampf verzogen hat, kann wieder nüchterner über die realen Optionen der Politik reflektiert werden. Der Blick auf die konkreten Projekte der Parteien und der Spitzenkandidaten eröffnen eine ganz andere Perspektive: In ihren zukunftsgerichteten Vorschlägen sind sich die Kontrahenten **erstaunlich einig**.

In der **Wirtschaftspolitik** muß man die konzeptuellen Unterschiede zwischen den Parteien mit der Lupe suchen, selbst in der **Umweltpolitik** sind die realen Differenzen eher gering. Systematische Unterschiede gibt es in der **Sozialpolitik** und der **außenpolitischen** Ausrichtung (Europäische Union vs. transatlantische Beziehungen). Beide Parteien sind zwar unterschiedlichen Werten verpflichtet, erweisen sich aber im Handeln als erstaunlich pragmatisch. Das zeigt sich selbst beim Reizthema **Föderalismus**: Ganz sicher ist Ministerpräsident Zapatero ein überzeugter Föderalist, während Rajoy die zentralstaatlichen Elemente stärken möchte. Die politische Praxis einer Minderheitsregierung, die täglich auf Stimmen regionaler Parteien angewiesen ist, würde aber beide Politiker gleichermaßen zu Zugeständnissen bewegen. PP-Regierungschef Aznar hat im Jahr 1996, als die Stimmen zur parlamentarischen Mehrheit benötigt wurden, genau so weitreichende Konzessionen an katalanische Politiker gemacht wie PSOE-Ministerpräsident Zapatero. Auch unter der Aznar-Regierung wurde mit ETA verhandelt: Dialog anstelle von Gewalt ist die Essenz der Politik. Die PSOE hat die zentralen Gesetze der Aznar-Regierung so wenig außer Kraft gesetzt wie etwa Aznar das Scheidungs- und Abtreibungsrecht aus der Ära Felipe González.

Die Wirklichkeit der parlamentarischen Arbeit und des Regierungshandelns ist in Spanien viel kontinuierlicher und pragmatischer als die emotionale Aufladung und der tägliche Theaterdonner in der politischen Auseinandersetzung vermuten lassen.

Es wäre aber falsch, die Auseinandersetzung der Parteien für reine Inszenierung zu halten. Tatsächlich sind Übertritte zwischen PP und PSOE undenkbar, die Sympathisanten der beiden Parteien trennt ein hartes Freund-Feind-Schema. Selbst die Wählerpotentiale gelten als klar abgegrenzt. Die Referenz auf die Große Koalition in Deutschland wird mit schreckgeweiteten Augen betrachtet (bei vielen PP-Anhängern zusätzlich das Kreuz geschlagen zur Abwehr des Bösen). Die Unterschiede resultieren vor allem aus klassischen Zugehörigkeitsmerkmalen wie Familie, Wohnumgebung, Einkommen, berufliches Umfeld und erweisen sich als erstaunlich hartnäckig; sie trotzen bisher auch dem schnellen gesellschaftlichen Wandel in Spanien. Das Parteiensystem bleibt emotional und verbal hoch polarisiert, während gleichzeitig in der politischen Praxis die Kunst des Kompromisses und der Lösungsfindung beherrscht wird.